

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen

Der Zusammenschluss der hessischen
Wohlfahrtsverbände

Positionspapier zur Umsetzung der Schuldenbremse in Hessen

Geschäftsstelle

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Luisenstraße 26, 65185 Wiesbaden

Tel: 0611.308-1434 Fax: 0611.308-1474

info@liga-hessen.de www.liga-hessen.de



Diakonie 



Landesverband
der Jüdischen
Gemeinden in
Hessen K.d.ö.R.

Impressum

Herausgeber: Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Luisenstraße 26, 65185 Wiesbaden
Redaktion: Dr. Karl Koch, DICV Limburg
Dr. Alexander Dietz, DWHN Frankfurt

August 2011

ViSdP: Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Kommunen in Hessen entscheidend geschwächt wurde. Die Liga-Hessen ist daher überzeugt, dass es insbesondere auf der Einnahmenseite zu entsprechenden Korrekturen kommen muss. Das Ziel der Einhaltung der „Schuldenbremse“ darf nicht dazu führen, dass die vorrangigen Staatsziele, insbesondere die Würde des Menschen zu sichern (Artikel 1 GG) und ein demokratischer Rechts- und Sozialstaat (Artikel 20 und 28 GG) zu sein, überlagert oder zurückgedrängt werden. Die notwendige Haushaltskonsolidierung darf nicht dazu führen, dass die vor uns liegenden gesellschaftlichen Herausforderungen unzureichend bearbeitet werden. Dies wäre ökologisch und sozial unverantwortlich. Es wäre insbesondere unverantwortlich gegenüber der jungen Generation, der wir dadurch Probleme hinterlassen, die immer schwieriger zu lösen sind. Wir würden der jungen Generation auch soziale Folgekosten aufbürden, die die bereits heute notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit um ein Vielfaches übersteigen würden.

Vielmehr muss der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern Steuern in der notwendigen Höhe erheben, um seine Aufgaben zum Wohl des Ganzen – und insbesondere der Armen, die den Abbau staatlicher Leistungen und Angebote nicht kompensieren können – erfüllen zu können.

Wiesbaden, 30. August 2011

Ausgewählte Positionen zur Haushaltskonsolidierung

Inhalt

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Mehr Transparenz
bei der Umsetzung der Schuldenbremse | 2 |
| 2. | Nicht auf Kosten der Ärmsten sparen | 4 |
| 3. | Eine gerechte Steuerpolitik umsetzen | 5 |

Wege zur Haushaltskonsolidierung in Hessen

1. Mehr Transparenz

bei der Umsetzung der Schuldenbremse

Eine Mehrheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger hat am 27. März 2011 für die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die hessische Verfassung gestimmt. Diese „Schuldenbremse“ wird ab dem Jahr 2020 gelten. Mit dem Landeshaushalt 2011 und dem Haushaltsplan 2012 beschreitet das Land Hessen einen Weg zur Erreichung des Verfassungsauftrags.

Das Land Hessen hat bisher keinen detaillierten Plan vorgelegt, wie die Einhaltung der „Schuldenbremse“ bis 2020 umgesetzt werden soll. Bisher existiert lediglich ein linearer Abbaupfad mit dem die „Ausgangverschuldung des Jahres 2010 in linear gleichmäßigen Schritten auf einen Wert von Null im Jahr 2020 zurückgeführt werden soll“. Um diesen Abbaupfad einzuhalten, müssten zwischen 2011 und 2020 die Einnahmen um jährlich 2,9 % ansteigen (gegenüber einer realen Einnahmenerhöhung von jährlich 0,5 % zwischen 2000 und 2010), und die Steigerung der Ausgaben müsste auf jährlich 1,1 % reduziert werden (gegenüber einem Ausgabenwachstum von jährlich 1,8 % zwischen 2000 und 2010). Diese Eckdaten für die Jahre 2011 bis 2020 und der Vergleich mit den realen Daten der Jahre 2000 bis 2010 lässt

rungsgruppen an einem wert- und nachhaltigem Wohlstand sollte sich die Politik zum Ziel setzen.

Das Ziel der Haushaltskonsolidierung wird über Wirtschaftswachstum (das zur Zeit der Landesregierung bei der Haushaltskonsolidierung hilft), über Effizienzsteigerungen und über moderate Ausgaben-, Leistungs- und Standardkürzungen kaum zu erreichen sein, obgleich die derzeitigen Bemühungen der Landesregierung alleine auf diese Strategien hinauslaufen. Auch wenn die Landesregierung mit dem Haushaltsentwurf 2012 diese Strategie noch weitgehend durchhalten kann, so wird sie dies in den folgenden Jahren immer weniger können. Nach Auffassung der Liga-Hessen wird die Landesregierung einer Diskussion um Steuergerechtigkeit und Steuererhöhungen nicht ausweichen können, wenn sie die Schuldenbremse sozial verträglich einhalten will.

Die Liga-Hessen spricht sich daher für das Schließen von Steuerschlupflöchern, für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, für die Erhöhung der Erbschaftssteuer, für die Anhebung des Spitzensteuersatzes und für die Einführung einer Transaktionssteuer aus, damit der Staat wieder über eine ausreichende Einnahmehasis verfügt. Wenn man die Ursachen der Verschuldung des Landeshaushaltes analysiert, wird deutlich, dass ein wesentlicher Grund in den steuerpolitischen Beschlüssen der verschiedenen Bundesregierungen der letzten 15 Jahre zu finden ist, durch die die Einnahmesituation des Landes aber auch der

mahnte und nach wie vor dringend notwendige Diskussion über steuerpolitische Alternativen auf breiter Ebene bisher immer noch nicht stattgefunden.

Es ist begrüßenswert, wenn Maßnahmen ergriffen werden, welche die Effizienz der öffentlichen Verwaltung oder die Effizienz von öffentlich finanzierten sozialen Dienstleistungen verbessern. Auch ist es grundsätzlich angemessen, öffentliche Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit hin zu überprüfen. Dazu gehört jedoch immer auch die Frage, wie sich diese Entscheidungen bei den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auswirken. Die erheblichen Bemühungen, die soziale Einrichtungen in den zurückliegenden Jahren unternommen haben, um die Effizienz und Effektivität ihrer Arbeit zu verbessern, stoßen zunehmend an Grenzen.

Auch die Lohnzurückhaltung, die niedrigen Löhne im Dienstleistungsbereich und der wachsende Bereich prekärer Arbeitsverhältnisse entziehen dem Staat Steuereinnahmen, den Sozialversicherungen Beiträge und schwächen die Kaufkraft. Dies ist wirtschaftlich und gesellschaftlich kontraproduktiv. Vielmehr gilt es gute Beschäftigung zu schaffen, die Binnennachfrage zu stärken und z.B. auch mehr in Bildung, Gesundheit und soziale Dienste zu investieren. Deutschland besitzt hier noch ungedeckte Bedarfe und damit Wachstumspotentiale. Die Teilhabe aller Bevölke-

bereits erahnen, dass die Einhaltung der „Schuldenbremse“ entweder zu drastischen Ausgabenkürzungen zwingen wird oder zu Steuererhöhungen. Auch wenn im Moment durch das Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen steigen, so wird dennoch auch mit dem Haushalt 2012 die zurzeit bestehende Kreditobergrenze der Landesverfassung nicht eingehalten.

Mit der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2012 wurde den Ministerien ein ähnliches Kürzungsziel wie beim Haushalt 2011 vorgegeben. Auch das Hessische Sozialministerium stand vor der Aufgabe, Kürzungen in Höhe von ca. 20 Millionen Euro (Kürzung im Haushalt 2011 von 18,5 Millionen Euro) vorzunehmen. Mit der Haushaltskonsolidierung wird somit zukünftig jedes Jahr dem Haushalt des Sozialministeriums ein entsprechender Millionenbetrag entnommen werden. Mag man anfangs noch „Reserven“ im Haushalt finden, die sich ohne größere Folgen kürzen lassen, so wird dies von Jahr zu Jahr immer schwieriger werden. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen (Liga-Hessen) fordert anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2012 und der anstehenden Landtagsdebatten umfassende Transparenz im Blick auf die Umsetzung der „Schuldenbremse“ sowie Kriterien von Kürzungsentscheidungen – unter Einbeziehung der Frage nach Möglichkeiten einer Einnahmenverbesserung des Landes.

2. Nicht auf Kosten der Ärmsten sparen

Die Umsetzung der „Schuldenbremse“ darf nicht auf Kosten der Armen und Benachteiligten in Hessen erfolgen. Sozialpolitik eignet sich nicht als Steinbruch, um haushaltspolitische Löcher zu stopfen. Die Liga-Hessen mahnt die Politik daher an, bei der Haushaltskonsolidierung die Perspektive von Armen und benachteiligten Menschen einzunehmen. ***Gute Politik ist daran zu messen, ob sie soziale Ausgrenzungen überwindet, Arme zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt und Teilhabeberechtigung ermöglicht.***

Die Liga-Hessen fühlt sich den sozialpolitischen Zielen der Verfassung verpflichtet. Sie lehnt eine soziale Entwicklung ab, durch die soziale Spaltung und Ausgrenzung weiter verschärft wird und fordert und unterstützt vielmehr politische Bemühungen um die Gewährleistung sozialer Sicherheit, um sozialen Ausgleich und um die Förderung sozialer Integration. Deshalb hat die Liga-Hessen auch ein Interesse an der Sicherung einer bedarfsdeckenden sozialen Infrastruktur und an Planungssicherheit im Sozialbereich.

In diesem Zusammenhang unterstützt die Liga-Hessen daher zum einen die Vorschläge zur verlässlichen Gewährleistung einer Infrastruktur, welche die vorhandenen sozialen Bedarfe, die im Rahmen einer Sozialberichtserstattung aufgezeigt werden, deckt, und zum anderen das Anliegen der hessischen Kommunen bezüglich einer Verbesserung ihrer Haushaltslage. Die finanzielle

Situation vieler hessischer Kommunen ist dramatisch. Viele Kommunen stehen unter Haushaltsaufsicht. Sie benötigen dringend wieder finanziellen Spielraum und eine gesicherte Einnahmehbasis. Die Liga-Hessen sieht mit großem Interesse der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsklage des hessischen Landkreistages entgegen und erhofft sich hierdurch eine grundlegende Weichenstellung für die weitere Finanzierung der Kommunen durch das Land. In diesem strittigen Gesamtrahmen der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen gehören auch die zurzeit laufenden Verhandlungen über den „Kommunalen Schutzschirm“ und die Vorschläge über eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs. All diese Überlegungen müssen nach Auffassung der Liga-Hessen dazu führen, den Kommunen eine solide und nachhaltige Finanzausstattung zu geben, damit diese ihre Aufgaben erfüllen können.

3. Eine gerechte Steuerpolitik umsetzen

Die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ in die hessische Verfassung war im Vorfeld heftig umstritten. Viele haben der Aufnahme nur unter den Bedingungen zugestimmt, dass es zu einer Einnahmenverbesserung des Landes kommt und dass die „Schuldenbremse“ nicht zu Lasten der Kommunen erfolgt. Der gefundene Formulierungskompromiss, der dann zur Abstimmung gestellt wurde, sollte ursprünglich genau diese beiden Ziele erreichen helfen. Allerdings hat die vor dem Volksentscheid ange-